



**„Mecklenburg Vorpommern:  
Auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft“**

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten  
von Mecklenburg-Vorpommern,  
Herrn Erwin Sellering,  
in der Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern  
am 14. Dezember 2011**

Sperrfrist: Ende der Rede.  
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

bei der Landtagswahl am 4. September 2011 ist die SPD erneut stärkste Kraft geworden. Nach Sondierungsgesprächen, mit der CDU wie auch der LINKEN, für deren konstruktiven Charakter ich beiden ausdrücklich danke, haben SPD und CDU beschlossen, ihre Zusammenarbeit hier im Landtag fortzusetzen und erneut gemeinsam eine Landesregierung zu bilden. Dazu ist ein umfassender Vertrag ausgehandelt worden.

Am 25. Oktober hat mich der Landtag wieder zum Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Unterstützung und für das Vertrauen. Und ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landtag in den kommenden fünf Jahren, nicht nur mit den Regierungsfractionen, sondern auch mit den Fractionen der demokratischen Opposition. Ich sage: Wir werden unseren Beitrag dazu leisten!

Meine Damen und Herren,  
die Landesregierung aus SPD und CDU hat für die kommenden fünf Jahre einen klaren Anspruch: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern gut und verlässlich regieren. Und wir wollen dafür sorgen, dass unser Land weiter voran kommt auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

Mecklenburg-Vorpommern wird – wie die anderen ostdeutschen Länder auch – nur noch bis Ende dieses Jahrzehnts eine besondere Unterstützung erhalten. Danach müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Die nächsten fünf Jahre entscheiden darüber, ob wir dieses Ziel erreichen. Ich sage Ihnen zu: Wir werden alles dafür tun!

Meine Damen und Herren,  
gut und verlässlich regieren und das Land voranbringen – das mag im ersten Moment nicht besonders spannend klingen. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen, dass die Bürgerinnen und Bürger genau das von ihrer Regierung erwarten: sachorientierte, verlässliche und gute Regierungsarbeit, von der das Land profitiert. Das ist unser Anspruch. Den wollen wir gemeinsam mit den Regierungsfractionen aus SPD und CDU umsetzen.

Gute Regierungsarbeit braucht klare Ziele, braucht eine klare Richtung. Die haben wir. Für diese Landesregierung steht fest: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich weiter voran bringen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden – gute Arbeitsplätze, von denen man leben kann. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Und wir wollen weiter eine solide Finanzpolitik, auch aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Das ist unser Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft!

Meine Damen und Herren,  
ich werde in dieser Regierungserklärung nicht in allen Einzelheiten auf das eingehen, was wir uns in dieser Koalition gemeinsam vorgenommen haben. Das steht, nachlesbar für alle, sehr detailliert im Koalitionsvertrag.

Ich möchte mich heute konzentrieren auf den generellen Kurs, auf die Leitlinien für die Regierungsarbeit der kommenden fünf Jahre.

Meine Damen und Herren,  
**wo steht unser Land heute?**

Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den 21 Jahren seit seiner Gründung wirklich gut entwickelt. Das Land hat deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte unseres Landes. Wir haben eine moderne Infrastruktur: Nehmen Sie nur die A 20, die neue Rügenbrücke, moderne Häfen oder die wunderschön sanierten Städte und Dörfer. Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Sommerreiseziel in Deutschland. Und wir sind inzwischen stark in wichtigen Zukunftsbranchen wie der Gesundheitswirtschaft und den erneuerbaren Energien.

Auch im sozialen Bereich ist die Entwicklung insgesamt positiv. Wir haben heute hoch moderne Krankenhäuser und Reha-Kliniken im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern. Und mit unserem Kita-Angebot ist Mecklenburg-Vorpommern da, wo andere Bundesländer erst noch mühsam hin wollen.

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr zum 20-jährigen Bestehen Mecklenburg-Vorpommerns eine Umfrage zur Entwicklung des Landes durchgeführt. Das Ergebnis: 92% aller Mecklenburger und Vorpommern sagen, dass sich unser Land gut oder sogar sehr gut entwickelt hat. Eine ebenso große Anzahl gibt an, dass sie gern oder sogar sehr gern hier bei uns lebt. Ich finde, das sind beeindruckende Zahlen, die zeigen: Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind zunehmend stolz auf das, was wir erreicht haben. Und das zu Recht!

Aber, meine Damen und Herren,  
trotz aller gemeinsamen Anstrengungen, trotz großartiger Leistungen der Mecklenburger und Vorpommern und trotz der starken Unterstützung des Bundes und der westdeutschen Länder, für die wir dankbar sind, ist der Aufholprozess noch nicht abgeschlossen.

Ich will das an drei Zahlen festmachen: Mecklenburg-Vorpommern erreicht nur etwa 70 bis 75 Prozent der Wirtschaftskraft der westdeutschen Länder. Die Arbeitslosigkeit ist zwar gesunken, die Quote liegt mit 11,6 Prozent aber immer noch über der aller westdeutschen Länder. Und auch beim Einkommen haben wir erst rund 80% des westdeutschen Niveaus erreicht.

Das Grundgesetz spricht vom Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Wir wollen, wir müssen weiter aufholen. Wir wollen näher heran an die westdeutschen Flächenländer!

Meine Damen und Herren,

auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft sehe ich **vier Herausforderungen**, denen wir uns stellen müssen.

**Die erste: Wir müssen das Land in wirtschaftlich unsicheren Zeiten auf Kurs halten.** Als ich 2008 Ministerpräsident wurde, ging es fast zeitgleich mitten in die Finanz- und Wirtschaftskrise. Gleich in den ersten Tagen war ich mehrfach in Berlin. Es ging darum, einen Rettungsschirm für die Banken aufzuspannen, damit der Wirtschaftskreislauf nicht zum Erliegen kommt, damit die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gesichert werden.

Heute können wir sagen: Deutschland ist besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen als viele andere Länder. Auch unser Land, auch Mecklenburg-Vorpommern hat trotz Krise weiter an Wirtschaftskraft gewonnen, auch deshalb, weil wir hier im Landtag in schwierigen Situationen zusammen gehalten haben. Dafür noch einmal „Danke“.

Wir wissen nicht – Stichwort Eurokrise – welche Herausforderungen noch auf uns zu kommen. Meine Bitte ist: Lassen Sie uns auch in den kommenden Jahren möglichst in großer Gemeinsamkeit alles dafür tun, dass unser Land Kurs hält.

**Die zweite Herausforderung: Wir müssen uns auf rückläufige Finanzmittel der EU, des Bundes und der finanzstarken Länder einstellen.**

Es ist absehbar, dass Mecklenburg-Vorpommern nach Ablauf der derzeitigen Förderperiode im Jahr 2013 kein EU-Höchstfördergebiet mehr sein wird. Zwar wird die Förderung wohl nicht auf null zurückgehen, aber das Land wird mit deutlich weniger EU-Mitteln auskommen müssen als bisher. Zugleich gehen die Finanzmittel aus dem Solidarpaket II zurück. Erhält Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr noch 846 Millionen Euro aus dem Solidarpaket, so werden es 2016 nur noch 453 Millionen sein.

Die Antwort der Landesregierung ist klar: Wir müssen die solide Finanzpolitik fortsetzen. Und wir müssen weiter gezielt in die Bereiche investieren, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind: Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Familien und Kinder. Wir haben dazu in der Koalitionsvereinbarung zwei wichtige Festlegungen getroffen: Wir werden die Solidarpaket-Mittel weiter zu 100 Prozent in den Aufholprozess investieren. Und wir werden alle bereitstehenden und erreichbaren Fördermittel des Bundes und der EU grundsätzlich weiter mit

Landesmitteln kofinanzieren. Es sollen uns keine Gelder verloren gehen. Wir müssen die knapper werdenden Mittel weiter vollständig und sehr gezielt in den Aufholprozess investieren.

Meine Damen und Herren,

**die dritte Herausforderung ist der demografische Wandel.**

Die Landesregierung hat dazu Anfang des Jahres einen Strategiebericht vorgelegt. Und ich habe hier eine Regierungserklärung dazu abgegeben. Es ist absehbar, dass trotz zurückgehender Abwanderung und trotz einer im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Geburtenrate die Zahl der Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern weiter zurückgehen wird. Zugleich wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung ansteigen. Das stellt uns vor große Herausforderungen, eröffnet aber auch Chancen.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, dass wir die öffentliche Daseinsvorsorge insbesondere im ländlichen Raum neu ausrichten müssen. Und wir müssen attraktive Bedingungen dafür schaffen, dass junge Menschen sich eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen.

Meine Damen und Herren,

**die vierte Herausforderung besteht darin, dass wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land bewahren müssen.** Ich sehe mit Sorge, dass unsere Gesellschaft auseinander driftet. Das ist ein Problem nicht nur bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland. Während Teile unserer Gesellschaft von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, sind andere Gruppen in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen betroffen. Alleinerziehende zum Beispiel.

Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung gesagt, dass für mich wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit kein Gegensatz sind. Im Gegenteil: Beides gehört zusammen. Darauf zu achten, das zu verwirklichen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Entwicklung unseres Landes, für eine Zukunft aus eigener Kraft!

Anrede,

diese Herausforderungen spiegeln sich auch in den **Arbeitsschwerpunkten** der Landesregierung für die nächsten fünf Jahre wieder.

**Der wichtigste Arbeitsschwerpunkt bleibt nach wie vor: die Wirtschaftskraft des Landes stärken, damit es Arbeitsplätze gibt, und zwar gute Arbeitsplätze,**

**von denen man leben kann. Das ist und bleibt die wichtigste Aufgabe bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.**

In den letzten fünf Jahren hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Das gilt besonders für junge Menschen. Die Zeiten, in denen einige für eine Ausbildung in andere Bundesländer gehen mussten, sind längst vorbei.

Aber: Trotz guter Konjunktur, trotz deutlich anziehender Nachfrage nach Arbeitskräften sind immer noch bei uns im Land fast 100.000 Menschen arbeitslos. In einer solchen Situation kann es nur eines geben: Wir müssen unsere ganze Kraft darauf richten, möglichst viele Arbeitslose zurück in Arbeit zu bringen, und zwar auf den ersten Arbeitsmarkt. Das ist das gemeinsame Ziel von SPD und CDU.

Den massiven Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung, wie die LINKE ihn fordert, halten wir für den falschen Weg. Menschen, die wollen und können, darf man nicht in einen 2. oder 3. Arbeitsmarkt abschieben. Wir werden gemeinsam mit den Arbeitsagenturen alles daran setzen, möglichst viele Arbeitslose, auch Ältere, zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Meine Damen und Herren,  
damit unsere Wirtschaft voran kommt, müssen wir die industrielle Basis des Landes verbreitern. Dazu werden wir vor allem die industriellen Branchen weiter stärken, die sich in den letzten zehn Jahren gut entwickelt haben, wie die Windkraftbranche, die Holzwirtschaft, die Automobilzulieferer.

Die maritime Wirtschaft und speziell unsere Werften hatten schwerer mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen als alle anderen Branchen. Die Landesregierung hat die Werften und ihre Beschäftigten in dieser schweren Krise unterstützt. Und darauf können Sie sich auch in Zukunft verlassen.

Meine Damen und Herren,  
besonders wichtige Akteure, wenn es darum geht, unser Land wirtschaftlich weiter voran zu bringen, sind das Handwerk und der Mittelstand. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und genießen unsere besondere Unterstützung. Dazu werden wir unter anderem das Mittelstandsfördergesetz aktualisieren.

Eine besonders starke Branche und ein attraktives Aushängeschild ist der Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Sommerreiseziel in Deutschland. Das wollen wir bleiben. Ich bin sicher: Wenn die Branche weiter auf Qualität setzt, wenn sie auch außerhalb der Hauptsaison attraktive Angebote bietet und wenn wir mehr ausländische Gäste für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen, wird sich diese positive Entwicklung fortsetzen.

Eine weitere Branche, in der unser Land traditionell stark ist, ist die Land- und Ernährungswirtschaft. Unsere Betriebe haben hervorragende Voraussetzungen, um

im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen. Dabei dürfen sie aber nicht durch rechtliche Rahmenbedingungen behindert werden. Dafür werden wir uns weiter einsetzen, in Brüssel und auch in Berlin.

Eine der wichtigsten Zukunftsbranchen ist die Gesundheitswirtschaft. Mecklenburg-Vorpommern hat diese Chance früh erkannt und ist deshalb in dieser Branche ganz vorn mit dabei. Wir werden in dieser Wahlperiode mit der Umsetzung des neuen Masterplans Gesundheitswirtschaft beginnen.

Meine Damen und Herren,  
damit unsere Wirtschaft weiter voran kommt, müssen wir die Marketing-Aktivitäten im Land stärker bündeln. Die Landesregierung wird die erfolgreiche Kampagne „MV tut gut“ mit dem Strandkorb als Markenzeichen fortführen. Außerdem müssen Landesmarketing und Tourismusmarketing, Standortwerbung und Außenwirtschaftsaktivitäten stärker aufeinander abgestimmt werden. Auch deshalb sind die Außenwirtschaftsaktivitäten künftig in der Staatskanzlei angesiedelt.

Mecklenburg-Vorpommern lebt in guter Nachbarschaft mit Polen und den anderen Staaten im Ostseeraum. Wir profitieren von der Einigung Europas und haben Wirtschaftskontakte in alle Welt. Die müssen wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Unser Land und auch unsere Wirtschaft müssen weiter an Internationalität gewinnen.

Meine Damen und Herren,  
damit unsere Wirtschaft weiter voran kommt, werden wir schließlich die Infrastruktur weiter ausbauen. Auf der Straße sind die Fertigstellung der A 14 und der B 96 n auf Rügen die für uns vordringlichen Projekte. Auf der Schiene steht für uns die Modernisierung der Bahnstrecke von Berlin nach Rostock im Vordergrund, die wir auch als Teil des Ostsee-Adria-Korridors brauchen.

Besonders wichtig sind mir die Häfen des Landes. Sie sind nicht nur Umschlagplätze und unser Tor zur Welt, sondern auch wichtige Industriestandorte, für die Produktion direkt an der Kaikante. Die Landesregierung wird sich beim Bund für eine bedarfsgerechte Verbreiterung und Vertiefung der Häfen einsetzen. Außerdem werden wir Hinterlandanbindungen und Hafeninfrastuktur weiter verbessern.

Meine Damen und Herren,  
wenn die Wirtschaft wächst, müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Festlegung von Löhnen ist in Deutschland nicht Aufgabe von Regierungen und Parlamenten. Hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer verantwortlich. Die

Regierungspartner achten die Tarifautonomie. Mehr noch: Wir wollen sie stärken. Deshalb werden wir nicht nur das Bündnis für Arbeit, sondern auch die dort begründete Tarifpartnerschaft fortsetzen. Gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften werben wir dafür, dass möglichst viele Branchen und möglichst viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Tariflohn zahlen.

Und es muss eine klare Untergrenze, einen Mindestlohn geben. Ich bin überzeugt, dass in jeder Branche gelten muss: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Die beste Lösung wäre aus meiner Sicht ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro als Untergrenze in Ost und West. Die Regierungspartner haben vereinbart, dass wir im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, die auf die Einführung eines in Ost und West gleichen, gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns gerichtet sind.

Das reicht uns aber nicht aus. Deshalb wir vereinbart, dass künftig bei allen Aufträgen in Landeshoheit mindestens 8,50 Euro gezahlt wird. Diese Untergrenze soll auch dort, wo kommunale Investitionen mit Geldern der EU, des Bundes und des Landes gefördert werden, und - im Regelfall - auch bei der Wirtschaftsförderung gelten. Wir sehen darin nicht nur einen Beitrag zum Mindestlohn. Es geht darum, bei den Löhnen insgesamt eine Spirale nach oben in Bewegung zu setzen. Unser Land hat sich gut entwickelt. Das muss sich jetzt auch in höheren Löhnen widerspiegeln.

Ich weiß, in einer Branche wie dem Tourismus, wird das von einigen eher skeptisch gesehen. Da wird gesagt, das können wir nicht. Dabei ist doch klar: wer weiter mit Niedriglöhnen kalkuliert, wird sich nicht dauerhaft am Markt behaupten können. Deshalb der Appell an unsere Touristikunternehmen: Setzen Sie auf Qualität und sichern Sie sich die dafür nötigen Fachkräfte durch ordentliche Bezahlung! Und die wird in ihrer Mehrzahl deutlich über dem Mindestlohn liegen müssen.

### **Die zweite große Aufgabe besteht darin, das Land auf den demografischen Wandel einzustellen.**

Dabei geht es vor allem darum, in den Bereichen des ländlichen Raumes, in denen die Bevölkerungszahl zum Teil dramatisch zurückgeht, dennoch alle notwendigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten. Dazu werden wir z. B. neue Formen der medizinischen Versorgung oder des öffentlichen Nahverkehrs entwickeln müssen. Das muss vor Ort geschehen, die Landesregierung wird dabei helfen. Nehmen Sie etwa das Projekt „Neue Dorfmitte“, mit dem eine alte Kaufhalle wieder eröffnet wird, in der es aber nicht nur Brot, Milch und Zucker zu kaufen gibt, sondern in der auch medizinische und soziale Dienstleistungen angeboten werden.

Das ist der eher defensive Teil von Demografie-Politik.

Sich auf die demografische Entwicklung einzustellen bedeutet aber auch, dass wir in unseren städtischen und wirtschaftlichen Zentren, in denen wir hochleistungsfähig erfolgreich im Wettbewerb stehen und die deshalb sogar Zuzüge haben und Bevölkerungszuwachs, eine eher offensive Demografie-Politik betreiben. Das bedeutet, dass wir aktiv alles dafür tun, um in dem zukünftig noch viel schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte, um kluge Köpfe und um Macher bestehen zu können. Das ist eine entscheidend wichtige Aufgabe für Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Deshalb freue ich mich, dass wir bei diesem Thema im Bündnis für Arbeit so gut zusammenarbeiten und einen sehr praxisnahen Pakt zur Fachkräftesicherung geschlossen haben.

Im Wettbewerb um junge Menschen setzen wir besonders auf unsere Hochschulen, die immer attraktiver und beliebter werden. Die Zahl der Studierenden steigt von Jahr zu Jahr. In diesem Jahr hat in einigen Bundesländern ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen verlassen. Das ist eine besonders gute Gelegenheit, um junge Menschen zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Sie müssen dann nach Abschluss ihres Studiums aber auch hier bei uns ins Berufsleben starten können. Deshalb ist es wichtig, dass Wirtschaft und Wissenschaft offen füreinander sind, dass unsere Wirtschaft sich frühzeitig an unseren Universitäten nach den Fachkräften von morgen umsieht, dass unsere Hochschulen praxisnahe Ausbildungen bieten, die an dem Bedarf des Landes ausgerichtet sind.

Zu den Chancen des Wandels gehört auch, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor 5 oder 10 Jahren in ein anderes Bundesland gegangen sind, nach Mecklenburg-Vorpommern zurückholen. In fast jeder meiner Bürgersprechstunden erlebe ich, dass junge Menschen zu mir kommen, die zu uns zurück wollen. Wir sollten auf solche Landeskinder außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern noch mehr als bisher mit intelligenten Rückholaktionen zugehen.

Und ich freue mich natürlich auch, wenn ältere Menschen aus anderen Bundesländern ihren Alterswohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern nehmen, weil man hier besser leben kann, in schönerer Umgebung und vor allem gesünder als anderswo. Auch das ist eine Chance, die wir nutzen müssen.

**Die dritte große Aufgabe ist die Energiewende.** Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben in diesem Jahr eine historische Entscheidung getroffen. Deutschland steigt in den nächsten zehn Jahren endgültig aus der Atomkraft aus. Zugleich soll der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Mecklenburg-Vorpommern will und kann einen wichtigen Beitrag zu dieser Energiewende leisten.

Unser Land produziert schon heute rund die Hälfte seines Stroms aus erneuerbaren Energien. Und im Land sind Tausende von Arbeitsplätzen durch die erneuerbaren Energien entstanden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern

seinen Strombedarf möglichst bald vollständig aus erneuerbaren Energien deckt und zum Stromexporteur wird. Und wir wollen, dass weitere Arbeitsplätze in dieser Zukunftsbranche entstehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir den erneuerbaren Energien allgemein einen Vorrang bei der Landesentwicklung einräumen. Genehmigungsverfahren wollen wir bündeln und straffen, auch durch Schaffung eines neuen Energieministeriums. Und wir werden das in der letzten Wahlperiode verabschiedete Konzept Energieland 2020 und den Aktionsplan Klimaschutz überarbeiten.

Unter den erneuerbaren Energien ist die Windkraft für uns besonders wichtig. Auf See wollen wir dazu beitragen, dass nach Baltic I rasch weitere Windparks vor unserer Küste entstehen. An Land werden wir zusätzliche Flächen für die Windkraft ausweisen. Außerdem setzen wir auf das so genannte Repowering, also den Austausch alter Anlagen gegen neue leistungsfähigere Windräder. Auch die anderen erneuerbaren Energien – Biomasse, Geothermie, Solarenergie - haben unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren

der Ausbau der erneuerbaren Energien wird nur gelingen, wenn wir diese wichtige Aufgabe gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angehen, wenn wir ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und wenn wir versuchen, den Ausbau so zu gestalten, dass sie möglichst wenig beeinträchtigt werden. Deshalb wollen wir beispielsweise die bei der Windkraft geltenden Abstände zur Wohnbebauung erhalten. Wichtig ist auch – das gilt bei der Errichtung eines Windparks genauso wie beim notwendigen Ausbau der Leitungen– dass die Bürger frühzeitig über Planungen informiert werden, dass gemeinsam versucht wird, bestmögliche Lösungen zu finden.

Ein anderer guter Weg besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger selbst vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren, zum Beispiel durch Bürgerwindparks oder Bürgersolarparks oder im Zuge des Aufbaus von Bioenergiedörfern.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch kurz drei wichtige energiepolitische Fragen ansprechen.

- Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die so genannten Netzintegrationskosten auf alle Regionen in Deutschland umgelegt werden. Es kann nicht sein, dass die Regionen, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien voran gehen, mit höheren Kosten belegt werden.
- Die Landesregierung unterstützt zweitens alle Pläne, am Standort Lubmin Gaskraftwerke zu errichten. Wir brauchen in Deutschland noch

Brückentechnologien. Und da ist Gas eindeutig besser als Kohle, und Lubmin ein guter Standort.

- Und drittens lehnt die Landesregierung eine CO<sub>2</sub>-Verpressung in Mecklenburg-Vorpommern ab. Wir werden alle bestehenden Möglichkeiten nutzen, das zu verhindern.

Meine Damen und Herren,

die Energiewende ist eine große Chance. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen.

**Der vierte Schwerpunkt: Wir wollen ein soziales gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, in dem Junge und Alte, Männer und Frauen gleiche und gute Chancen haben.**

Dabei geht es um gleiche und gute Chancen von Anfang an. Deshalb ist mir sehr wichtig, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern ein sehr gutes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen haben. 97% aller Kinder zwischen 3 und 6 Jahren besuchen in Mecklenburg-Vorpommern eine Kita oder eine Tagesmutter. Auch mit unserem Angebot an Krippenplätzen stehen wir mit an der Spitze in Deutschland. Darauf können wir stolz sein.

Die Landesregierung hat in der vergangenen Wahlperiode einen klaren Schwerpunkt bei den Kitas gesetzt. Wir haben die Landesausgaben von 90 auf 130 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Wir haben die Gebühren im letzten Kindergartenjahr abgesenkt und ein kostenloses Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien eingeführt.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir auf diesem Weg weitergehen, und zwar mit drei konkreten Schritten:

- Wir werden im Sommer 2012 die Gebühren für einen Krippenplatz um 100 Euro und bei Tagesmüttern um 40 Euro absenken. Bisher ist es so, dass die Elternbeiträge für die Krippe doppelt so hoch sind wie für den Kindergarten und damit für viele kaum bezahlbar. Das ändern wir mit dieser Absenkung. Junge Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie nach der Elternzeit wieder beide in den Beruf einsteigen.
- Wir werden außerdem die Gruppen im Kindergarten weiter verkleinern. Die Fachkraft/Kind-Relation wird im Sommer 2013 auf 1:16 und im Sommer 2015 auf 1:15 abgesenkt. Das bedeutet, dass sich die Erzieherinnen und Erzieher besser um jedes einzelne Kind kümmern können. Eine weitere Verbesserung der Qualität in unseren Kitas.
- Schließlich werden wir das kostenlose Mittagessen ausweiten. Eingeführt ist es bislang für Kinder von Empfängern von Arbeitslosengeld II. Demnächst werden auch diejenigen, die arbeiten, aber wenig verdienen, von diesem Angebot

profitieren. Unser Ziel ist ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder. Daran werden wir in den nächsten Jahren weiter arbeiten.

Meine Damen und Herren,  
eine gute Kinderbetreuung ist auch deshalb wichtig, damit Eltern Familie und Beruf gut miteinander verbinden können. Das gilt besonders für Frauen, die oft noch die Hauptlast tragen.

Die Landesregierung will die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voranbringen. Bei allen Fortschritten, die auf diesem Gebiet erreicht worden sind, sind wir noch lange nicht am Ziel. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei noch stärker als bisher in der Arbeitswelt setzen. Denn es ist leider oft noch immer so, dass Frauen für gleiche Arbeit schlechteren Lohn erhalten und dass sie es schwerer haben, in Führungspositionen zu gelangen. Das darf so nicht bleiben!

Deshalb habe ich die Arbeitsministerin gebeten, auch die Zuständigkeit für Frauen- und Gleichstellung zu übernehmen. Und ich habe darauf gedrängt, dass wir als Landesverwaltung beim Thema „Frauen in Führungspositionen“ mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir haben beschlossen, dass alle Aufsichtsräte, in die das Land Vertreter entsendet, von uns im Verhältnis 1:1 von Männern und Frauen besetzt werden.

Außerdem haben wir bei der Besetzung der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre den Frauenanteil erheblich erhöht. 3 von 10 sind Frauen, also ein Anteil von 30%. Und diesen Anteil wollen wir langfristig noch erhöhen.

Auf den Ebenen darunter gelten strenge beamtenrechtliche Grundsätze. Wer möchte, dass mehr Frauen in diese Führungspositionen gelangen, muss das langfristig vorbereiten. Das wollen wir tun, durch gezielte Förderung und indem wir Frauen ermutigen, sich auch auf solche Positionen zu bewerben. In einer der ersten Sitzungen des Kabinetts haben wir besprochen, dass wir mit allen Ministerien Zielvereinbarungen abschließen werden. Mehr Frauen in Führungspositionen – das ist ein Maßstab, an dem sich diese Landesregierung am Ende der Wahlperiode messen lassen will.

Meine Damen und Herren,  
wir wollen, dass die älteren Menschen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Das beginnt mit dem Respekt vor ihren Lebensleistungen. Die heute über 65- Jährigen sind in der Nachkriegszeit aufgewachsen und haben sich mit großem Einsatz etwas aufgebaut. Nach der Wende verloren viele die Arbeit, fast alle mussten sich umorientieren. Die meisten haben das auf bewundernswerte Weise geschafft. All diese Leistungen verdienen Anerkennung und Respekt.

Aber natürlich geht es auch um ganz konkrete Unterstützung. Es kann nicht sein, dass es über 20 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch eine Rente Ost und eine Rente West gibt. Die Rentenangleichung ist sicherlich eine schwierige Frage, weil weder die heutige Rentnergeneration noch die jetzigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland benachteiligt werden dürfen. Aber wir müssen hier endlich zu einer Lösung kommen. Dafür wird sich die Landesregierung auf Bundesebene weiter einsetzen.

Und wir werden auch hier im Land alles tun, um ältere Menschen zu unterstützen. Wichtige Anregungen erhoffen wir uns dabei von der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die die Regierungsfractionen dem Landtag vorschlagen werden.

Meine Damen und Herren,

**ein weiterer Schwerpunkt sind die Schulen im Land. Hier stehen für uns zwei Aufgaben im Vordergrund: bessere Organisation und mehr Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern.**

In den letzten Wochen ist an einigen Stellen kritisiert worden, dass der Vertrag zwischen SPD und CDU im Schulbereich wenige Festlegungen enthält, wenig Neues festschreibt. Ich sage ganz offen: Ich halte das für keine Schwäche, sondern für eine Stärke dieses Vertrags.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, worum es uns geht. Ich bin in der letzten Wahlperiode im Wahlkreis in Greifswald und auch als Ministerpräsident im ganzen Land von vielen Eltern auf das Thema Inklusion angesprochen worden. Und man hat mir gesagt: „Wir halten es für richtig, dass möglichst viele Kinder an reguläre Schulen kommen. Aber wir fühlen uns schlecht informiert und wir haben das Gefühl, das geht alles viel zu schnell, unsere Kinder bleiben auf der Strecke.“

Genau das wollen wir nicht. Deshalb setzen wir auf bessere Organisation und mehr Dialog. Wir haben im Schulbereich in der nächsten Legislatur viele wichtige Aufgaben zu lösen: die Umsetzung der selbständigen Schule, der Ausbau von Ganztagschulen, die Inklusion, die Stärkung des Lehrerberufs, die Sicherung des Lehrerberarfs, die Steigerung des Anteils an Abiturienten und die Absenkung der Zahl der Schulabbrecher. Um in diesen wichtigen Fragen zu guten und vor allem auch akzeptierten und breit getragenen Lösungen zu kommen, müssen wir Lehrer und Eltern beteiligen, ihnen die Möglichkeit geben, ihre Überlegungen einzubringen und ihre Ideen beizusteuern. Das muss aber ein wirklicher, ein offener Dialog sein, und dazu passt es selbstverständlich nicht, die Ergebnisse vorweg festzuschreiben.

Meine Damen und Herren,

mir ist wichtig, dass alle jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Talente und Fähigkeiten entdecken und entwickeln. Kulturelle Bildung gehört unbedingt dazu,

innerhalb und außerhalb der Schulen. Kunst und Kultur fordern und fördern Neugier, Offenheit, Fantasie. Das ist der Weg zu Kreativität, zur Entwicklung von Persönlichkeit, von Rückgrat. Die Landesregierung und der Landtag haben in den letzten Jahren einen Schwerpunkt bei den Jugendkunst- und Jugendmusikschulen gesetzt. Diesen Schwerpunkt wollen wir beibehalten.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das reich ist an Kultur. Leuchttürme wie die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, das Usedomer Musikfestival, das Filmkunstfest, das Staatliche Museum hier in Schwerin, die Kunsthalle Rostock oder das Pommersche Landesmuseum in Greifswald bereichern unser Land. Genauso die vielen kleinen kulturellen Projekte, die es häufig nur gibt, weil sich so viele Menschen ehrenamtlich dafür einsetzen.

Ein Thema, über das wir hier im Landtag sicher noch kontrovers diskutieren werden, ist die Theaterfinanzierung. Dazu gilt: Wir werden die Landesmittel auf dem bisherigen, im Ländervergleich beachtlichen Niveau stabil halten, diese Mittel ab 2013 aber daran knüpfen, dass sich die Theater und Orchester so aufstellen, dass sie mit diesen Mitteln auch auskommen. Darüber muss es jetzt konstruktive Gespräche geben. Die Landesregierung ist dazu bereit.

Es ist das gute Recht der Opposition, die Lösung einfach darin zu sehen, mehr Geld für die Theater zu fordern. Allerdings sollten Sie dann auch sagen, wem sie dafür Geld wegnehmen wollen. Erst das wäre finanzpolitisch solide und sachorientierte Oppositionsarbeit.

Meine Damen und Herren,

**das leitet über zum sechsten Schwerpunkt: Die Landesregierung wird am Kurs der soliden Finanzpolitik festhalten.**

Mecklenburg-Vorpommern betreibt schon seit Ende der neunziger Jahre eine sehr solide Finanzpolitik. Das zahlt sich heute aus. Das Land hat in den letzten fünf Jahren keinen Euro an neuen Schulden aufgenommen. Wir sind eins von nur drei Bundesländern, die das geschafft haben. Darauf können wir stolz sein.

Unser Ziel ist es, auch in dieser Wahlperiode Haushalte ohne Neuverschuldung vorzulegen. Für den Doppelhaushalt 2012/2013 hat das Kabinett kürzlich erste Eckpunkte beschlossen. Sie sehen zusätzliche Finanzmittel für Kitas und Kommunen und eine Aufstockung der Haushaltsreserve vor. Außerdem wollen wir erstmals nach der Krise wieder Schulden tilgen.

Das ist möglich, weil die letzten Steuerschätzungen aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten beiden Jahren positiv sind. Aber wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen. Die rückläufigen Finanzmittel von EU und Bund und die ungünstigen Konjunkturprognosen zeigen, dass die Lage ab 2014 sehr schwierig wird. Das gilt erst recht, wenn der Bund an seinen

verantwortungslosen Steuersenkungsplänen festhält. Dafür gibt es keinerlei Spielräume in den Haushalten von Bund und Ländern. Und deshalb wird Mecklenburg-Vorpommern solchen Plänen im Bundesrat auch nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren,  
Mecklenburg-Vorpommern ist in der Finanzpolitik deshalb erfolgreich, weil wir eine sparsame Haushaltsführung mit langfristig wirksamen Strukturentscheidungen verbinden. Die Landesregierung wird das Personalkonzept weiter umsetzen, mit dem wir die Landesverwaltung um ein Viertel reduzieren. Ich füge hinzu: ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Effiziente Strukturen brauchen wir auf allen Ebenen. Wir haben deshalb in der letzten Wahlperiode eine weitgehende Verwaltungsreform auf den Weg gebracht. Nach meinem Eindruck ist der Übergang auf die neuen Kreise gut gelungen. Dafür allen Beteiligten herzlichen Dank!

In dieser Wahlperiode wollen die Regierungspartner die Grundlagen für eine Gemeindegebietsreform legen, und zwar gemeinsam mit den Kommunen und ihren Verbänden. Das geht nicht bis zur Kommunalwahl 2014. Deshalb haben wir uns entschlossen, in dieser Wahlperiode die Voraussetzungen zu schaffen, um dann zur Kommunalwahl 2019 in den neuen Strukturen wählen zu können. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission der letzten Wahlperiode, für die ich sehr dankbar bin, werden dafür eine wichtige Grundlage sein.

Meine Damen und Herren,  
die Landesregierung setzt auf eine enge Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen. Das heißt für uns Dialog auf Augenhöhe und ein verlässliches Miteinander. Wir werden mit den Kommunen einen Zukunftsvertrag vereinbaren, in dem wesentliche Fragen des Verhältnisses zwischen Land und Kommunen geregelt werden.

Die Kommunen haben Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung. Dabei hat sich der Gleichmäßigkeitsgrundsatz bewährt. Er führt dazu, dass in guten Zeiten die Mehreinnahmen und in schlechten Zeiten die Mindereinnahmen zwischen Land und Kommunen aufgeteilt werden. Das ist und bleibt die gerechteste Lösung.

Darüber hinaus helfen wir Kommunen in besonders schwierigen Situationen. Wir werden mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 einen kommunalen Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro auflegen, mit dem wir bei der Haushaltskonsolidierung helfen.

Außerdem werden wir finanzschwache Kommunen bei Investitionen unterstützen. Wir haben in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit finanzschwache Kommunen an den

Konjunkturprogrammen teilnehmen konnten. Das war ein großer Erfolg: Stützung der Konjunktur und Schaffung bleibender Werte. Diesen Erfolg wollen wir fortsetzen. Deshalb stellt die Landesregierung für die kommenden Jahre weitere 50 Millionen Euro bereit, damit finanzschwache Kommunen ihren Eigenanteil für Investitionen aufbringen können. Das löst ein Vielfaches an Investitionen aus! Das ist eine gute Unterstützung der Kommunen und eine gute Förderung unserer mittelständischen Betriebe vor Ort.

Natürlich beschränkt sich das Verhältnis zwischen dem Land und den Kommunen nicht auf Finanzbeziehungen. Es gibt wichtige Aufgaben, die wir gemeinsam lösen müssen. Und deshalb wird die Landesregierung in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt in der nächsten Legislaturperiode eine Kabinettsitzung abhalten, gemeinsam mit Vertretern der Kommune.

Meine Damen und Herren,

**eine vernünftige Wirtschaftspolitik für gute Arbeit, das Land einstellen auf den demografischen Wandel, das Voranbringen der Energiewende, Unterstützung für Familien und Kinder genauso wie für ältere Menschen, Dialog an den Schulen und solide Finanzen – das sind die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.**

Wir laden Sie ein, auf diesem Weg mitzugehen. Diese Einladung richtet sich nicht nur an die Regierungsfractionen, sondern auch an die demokratische Opposition. In unserer Landesverfassung werden der Opposition drei wichtige Aufgaben zugewiesen: Kritik, Kontrolle, Entwicklung von Alternativen. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns in wichtigen Fragen auch zusammenarbeiten. Unsere Türen stehen dafür offen. Wir stehen in gemeinsamer Verantwortung für dieses Land.

Anrede,

**Unser Programm für eine Zukunft aus eigener Kraft ist nicht nur eine Einladung an den Landtag, sondern vor allem auch an die Bürgerinnen und Bürger im Land.** Wir wollen den Dialog mit allen, die unser Land voranbringen.

Viele von ihnen engagieren sich auf vorbildliche Weise für unser Gemeinwesen. In der vergangenen Woche haben wir den Tag des Ehrenamts gefeiert. Mehr als 500.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern – das ist eine wirklich beachtliche Zahl. Die Landesregierung wird das Ehrenamt weiter stärken und unterstützen. Das ist unverzichtbar für ein gutes Miteinander bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Für eine Gemeinschaft, in der jeder sich wohl fühlt und dazugehörig, in der sich alle einbringen können und gehört werden, gerade auch mit Kritik und Alternativvorschlägen, für eine solche Gemeinschaft müssen wir aber noch mehr tun.

In meinen Bürgersprechstunden ist die größte Klage, die wichtigste Beschwerde, das Bürgerinnen und Bürger sich nicht ernst genommen fühlen von manchen, die im Land für Entscheidungen zuständig sind, in den Behörden, in politischen Ämtern. Die Bürgerinnen und Bürger sagen häufig, man hört uns nicht zu, geht über uns hinweg, man lässt uns am langen Arm verhungern.

Meine Damen und Herren,  
das geht so nicht. Ich möchte, dass wir am Ende dieser Wahlperiode sagen können: Da hat sich was geändert bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Die Entscheidungsträger sind offener, gesprächsbereiter geworden, die Verfahren fairer und ergebnisoffener, die Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer. Daran wollen wir arbeiten.

#### Anrede,

lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das in den letzten Wochen auf traurige und beklemmende Weise nochmals an Aktualität gewonnen hat.

Meine Damen und Herren,  
**ich bin davon überzeugt: Mecklenburg-Vorpommern wird seine Zukunft aus eigener Kraft nur bestreiten können, wenn es ein weltoffenes und tolerantes Land bleibt.** Deswegen kann es für Rechtsextremisten in unserer Mitte keinen Platz geben – nicht in diesem Landtag und nicht in unserem Land!

Die schreckliche Mord- und Anschlagserie der Neonazis aus Zwickau hat viele Menschen in Deutschland erschüttert, aber auch wachgerüttelt. Sie hat noch einmal deutlich gemacht, wohin Rechtsextremismus führt: zu Hass und Gewalt, zu Terror und zu Mord. Wir müssen alles tun, damit der Rechtsextremismus in Deutschland zurückgedrängt wird.

Dazu gehört für die Landesregierung auch ein Verbot der NPD. Das ist eine verfassungsfeindliche Partei, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auf aggressiv-kämpferische Weise beseitigen will. Sie paktiert mit Gewalttätern und hat sie längst auch in den eigenen Reihen. Die Zeit ist reif für ein neues Verbotsverfahren!

Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf ein NPD-Verbot beschränken darf. Wir müssen Demokratie und Toleranz im Land umfassend stärken. Die Landesregierung hat in der letzten Wahlperiode die Regionalzentren für demokratische Kultur aufgebaut. Wir

werden sie weiter unterstützen, damit es Ansprechpartner gibt, die bei Problemen und Aktivitäten vor Ort helfen. Das ist wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird. Es gibt inzwischen viele Menschen in unserem Land, die sich gegen Extremismus und Gewalt und für Demokratie und Toleranz engagieren. Sie alle haben unsere Unterstützung und unseren Respekt! Ich sage: Wir werden im Kampf gegen Extremismus und Gewalt umso erfolgreicher sein, je mehr Bürgerinnen und Bürger für Demokratie und eine offene Gesellschaft eintreten. Das soll unser gemeinsames Ziel sein!

Meine Damen und Herren,  
auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft werden alle gebraucht. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben seit Gründung unseres Landes sehr viel geschafft. Wir können stolz auf das Erreichte sein. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in den nächsten fünf Jahren weiter gut voran kommt.